

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Sonntag abends. — Verantwortlich A. Weisfeld, Magdeburg, für Inserate Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Restame 1 am Höhe u. 50 am Breite lokal 75, auswärts 80 Pf. Rabatt geht Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Kerkstr. Amt Norden 23861-23865, verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 8 1/2 % Nachdruck (ab 19 Uhr) 22951. Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2.30, Abholer 2.00 Mk., Einzelpreis 15 Pf. Ausschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platz-Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., vorwärts unverändert. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

№. 19

Donnerstag den 23. Januar 1930

41. Jahrgang

Programm der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Arbeiten lassen!

Keine künstlichen Anleihe-Hemmungen

Die Vorstände der Spitzenkörper der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften besaßen sich am Dienstag mit den wachsenden Notständen, die durch die außerordentlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Es herrschte Einmütigkeit, daß die folgenden Maßnahmen als vordringlich anzusehen sind:

Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln ist die Kapitalzufuhr aus dem Ausland eine notwendige Voraussetzung der Besserung. Deshalb muß die sofortige Beseitigung aller inländischen Hemmungen verlangt werden, die gegenüber Anleiheaufnahmen bestehen, die auf Grund des Vertrauens ausländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen eine wesentliche Belebung des Baugewerbes und der mit ihm verbundenen Industrien erzielt werden.

Um weiteren Industriezweigen Beschäftigung zu schaffen, sollen Reichsbahn und Reichspost im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlaßt werden. Die Anträge für Baugewerke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umgehend erfolgen kann.

Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten, muß bei der Gestaltung des Reichshaushalts der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuordnung. —

In wirtschaftlich ernster Situation sind die Spitzenvertreter der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften zusammengetreten und erheben ihre Forderungen. Trotz des mühen Winters ein Arbeitslosenheer wie im vorigen Jahre des strengen Frostes, der jede Bautätigkeit und jede Außenarbeit auf Monate unterbunden hatte. In diesem Jahr aber ist Reichsbankpräsident Schacht an die Stelle des Frostes getreten und hat durch seine Politik der Projizierung der Kredite die Bautätigkeit erstirbt.

Nun hat der Abschluß der Jaager Verhandlungen wieder Bewegungsfreiheit gebracht. Die Kreditfähigkeit Deutschlands ist im Ausland nicht mehr anzuzweifeln. Nun gilt es, Kapital herbeizuschaffen und das Arbeitslosenproblem von der Seite der Produktion her anzupacken, zunächst aber durch gesteigerte Bautätigkeit. Und darum fordern Partei und Gewerkschaften die „sofortige Beseitigung aller inländischen Hemmungen, die gegenüber Anleiheaufnahmen bestehen“.

Vor allem aber fordern sie finanzielle Sicherstellung der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung und Neuordnung der Krisenunterstützung. Die Arbeitslosen, von denen große Massen vor dem Auscheiden aus fast jeder Unterstützungsberechtigung stehen, können nicht dem Verhungern preisgegeben, sondern müssen auch fernertüchtigt werden.

Das ruft die Unternehmer auf den Plan. Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich ebenso wie die rechtsstehende „Berliner Morgenzeitung“ gegen die gewichtigen Beschlüsse der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Die „D.A.Z.“ schreibt:

„Diese Beschlüsse der SPD. unmittelbar nach der Unterzeichnung des Young-Plans schaffen eine ernste innerpolitische Situation, denn es ist unmöglich, daß etwa der der

Riesenfälschung von hohen Dollarnoten

Die Fälscherzentrale in Berlin?

Berlin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Kriminalpolizeiliche Ermittlungen zweier Kontinente haben in Berlin auf die Spuren einer Fälscherzentrale geführt, die mit unbegrenzten Geldmitteln ausgestattet zu sein scheint.

Die Affäre, mit deren endgültigen Klärung bald zu rechnen ist, kann in ihren Ausmaßen heute noch nicht überschrieben werden. Zugrunde liegt ihr die Nachahmung hoher Dollarnoten, die auf echtem amerikanischem Dollarpapier so gut ausgeführt und gelungen ist, daß selbst die Zentralbanken der europäischen Länder die Fälschungen nicht erkannten. Erst die amerikanische Federal Reserve Bank hat bei der Einziehung der 100-Dollarnoten einen schwachen Fehldruck entdeckt.

Inzwischen scheint die Bande jedoch viele Millionen Umlauf mit den gefälschten Banknoten erzielt zu haben, denn die mit schärfsten Mitteln arbeitenden amerikanischen Bankdetektive und die deutschen Kriminalbehörden ermitteln von Tag zu Tag neue Fälschergempele.

Suche nach den Herstellern

Einer der Banknotenverbreiter in Deutschland soll ein gewisser Franz Fischer sein, der unter dem Namen Voigt aufgetreten ist und jetzt in Thüringen leben soll und früher in der kommunistischen Bewegung in Berlin, u. a. auch als Stadtverordneter eine Rolle gespielt hat. Das falsche Geld ist bei dem Berliner Bankhaus Sah u. Martini, das vor einiger Zeit in die Hände einer amerikanisch-kanadischen Gruppe übergegangen ist, eingezahlt worden.

Volkspartei angehörende Reichsfinanzminister Moldenhauer oder auch sein Staatssekretär Dr. Schäffer diese Forderungen annehmen könnten. Mit solchen Methoden kann der Etat, den das Reichsfinanzministerium vorzulegen verpflichtet ist, nicht in Ordnung gebracht werden.“

Das Blatt spricht dann vom „mangelnden Willen der Sozialdemokratie, zum gesunden Menschenverstand zurückzuführen“, und erklärt jede weitere Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter solchen Umständen für unmöglich.

Es ist das Geheul der sozialpolitischen Reaktion, das immer anhört, wenn von der Sorge für die Opfer der Wirtschaftskrise die Rede ist. Die Sozialdemokratie wird sich nicht davon beirren lassen. —

Die Firma Sah-Martini zahlte im November 24 000 Mark in 100-Dollar-Scheinen an die Deutsche Bank, die das Geld an die Darmstädter und Nationalbank weiterleitete, von wo es über die Nationalcitybank in Newyork an die Federal Reservebank wanderte. Bei mikroskopischer Untersuchung wurde dort an einem einzigen Buchstaben die Fälschung erkannt. Glücklicherweise handelte es sich bei diesen 24 000 Mark gefälschten 100-Dollar-Noten um einen geringen Prozentsatz der gesamten Produktion. Infolgedessen konnte der Weg des Geldes nach Berlin zurückverfolgt werden, wo der Leiter des Fälschergeldzernats der Berliner Kriminalpolizei die ersten Nachforschungen vornahm.

Der angebliche Voigt-Fischer soll das falsche Geld zur Zeit des Besitzerwechsels der Firma Sah u. Martini im vergangenen Herbst eingezahlt haben. Fischer selbst ist verschwunden und wird von der Kriminalpolizei fieberhaft gesucht. Mit seiner eventuellen Verhaftung wäre freilich das Rätsel noch nicht gelöst, wie die Fälscher in den Besitz des echten Notenpapiers gelangen konnten.

Es ist übrigens nach Ansicht der deutschen Untersuchungsbehörden nicht unwahrscheinlich, daß die Fälscher auch 10-, 20- und 50-, ja sogar 1000-Dollar-Noten fabriziert haben. —

1000 Mark Belohnung

Berlin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der von der Polizei gesuchte Franz Fischer, der die gefälschten Hundert-Dollar-Scheine verfertigt haben soll, ist 35 Jahre alt und wohnte in der Neuen Winterfeldstraße in Berlin. Vor einigen Monaten ging er nach Rußland, wo er aber nicht lange blieb. Auf Umwegen kehrte er nach Deutschland zurück, um hier im Herbst des Vorjahres mit den bisher noch unbekanntesten Banknotenfälschern in engere Verbindung zu treten. Von Berlin ist Fischer Bauzeichner. Auf die Ergreifung Fischers ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Wahr ist, daß Fischer eine Zeit lang in kommunistischen Kreisen tätig und besonders in kommunistischen Arbeiterbildungskursen der Erwerbslosen als öffentlicher Redner auftrat. —

Eröffnung der Londoner Flottenkonferenz

London, 22. Januar. Die Flottenkonferenz, für deren Zustandekommen der Ministerpräsident der Arbeiterregierung Ramsay MacDonald das Hauptverdienst besitzt, wurde am Dienstag durch eine Rede König Georg V. eröffnet.

Schwerer Nebel lastete über London und verzögerte das rechtzeitige Eintreffen des Königs und eines Teils der Delegierten sowie der übrigen nahezu 1000 eingeladenen Personen. Im Gegensatz zu den Konferenzen über militärische und Flottenfragen im vergangenen Jahrhundert war im weiten Umkreis der Teilnehmer keine militärische Uniform zu erblicken. Auch sonst ist die Szene durch jene Vereinigung von unaufdringlichem Pomp und Einfachheit gekennzeichnet, in der die Engländer bei allen zeremoniellen Gelegenheiten Meister sind. So streng war die Heberwahrung des Geleges zum Sitzungsfaal, daß der britische Außenminister Henderson, einer der britischen Hauptdelegierten, auf ein Haar nicht zur Sitzung zugelassen worden wäre, da er seine Legitimationskarte vergessen hatte.

Die Rede des Königs war auf einen ausgesprochen pazifistischen Ton gestellt und wies deutlich Züge des außenpolitischen Arbeitsprogramms der Arbeiterregierung auf. So insbesondere in der Feststellung, daß die Ergebnisse der Londoner Konferenz die zukünftigen Arbeiten der Vorbereitenden Entwaffnungskommission des Völkerbundes erleichtern und den Zeitpunkt beschleunigen mögen, zu dem eine zukünftige allgemeine Abrüstungskonferenz das Problem auf eine umfassendere Weise in Angriff nehmen werde.

Macdonald betonte in seiner Rede, daß jedes Land die Lasten der Rüstungen fühle, vor dem Weltfrieden Angst empfinde, über den Wert der bewaffneten Sicherheit Zweifel habe und einen Ausweg aus diesem Zustand wünsche. Die Schwierigkeiten kämen hauptsächlich aus dem Mangel an Vertrauen. Man frage sich, ob, wenn irgendein Staat seine Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft friedlicher Staaten breche, die Schiedsgerichtsbarkeit versage und daraus eine Lage entstehen werde, aus der es nur einen Ausweg gebe — Kampf. Solche Gedankengänge beherrschten das Denken der Nation und verhinderten einen wirklichen Wandel in der Haltung gegenüber dem Militarismus.

Die ganze Welt richtete ihre Augen auf London und erwartete, daß die Konferenz von dem Willen zur Befolgung der Grundzüge des Kelloggpatentes geleitet würde. Vor allem verlangte die Welt von der Londoner Besprechung eine Beendigung des Wettrüstens, das wiederum eingeleitet habe. Falls man nicht vorsichtig sei, werde man noch einmal in ein ähnliches Rüstungsfieber hineingeraten, wie es dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 vorausgegangen sei. Schritte in der Richtung auf Abrüstung müßten auf internationaler Basis zustande kommen und in verhältnismäßig kurzer Zeit immer wieder revidiert werden, damit die Bestrebungen, die auf Sicherheit abzielten und von den Politikern vorgenommen würden, in einer fortschreitenden Verminderung der Bewaffnung ihren Ausdruck fänden.

Es werde die Arbeit der Konferenz erleichtert, wenn die Staatsmänner die Tatsache anerkennen würden, daß die verschiedenen Länder durch ihre verschiedene geographische Lage, Verantwortlichkeit und Angriffsfläche im Kriegsfall verschiedene Bedürfnisse hätten. Es könne nicht geleugnet werden, daß der Begriff „Bedürfnis“ unendlich dehnbar sei, aber bei einem wirklichen Friedenswillen könne die Konferenz an diesem Begriff des Bedürfnisses der Länder nicht scheitern.

Eine große Voraussetzung für den Erfolg der Konferenz sei, daß die Sezabrüstung mit den übrigen militärischen Fragen im Zusammenhang stehe. Großbritannien sei eine Insel, und seine Verteidigung ruhe auf der Flotte. Falls England einen Beitrag zum Frieden leisten wolle, so müsse es zur See sein. „Falls wir“ — so schloß Macdonald — „im gegenseitigen Einverständnis unsere mächtigsten Rüstungsgattungen einschränken und dabei noch unsere nationale Sicherheit erhöhen, so wird die Londoner Konferenz ohne Zweifel einen der großen Marksteine bilden, welche den Fortschritt der Menschheit kennzeichnen.“

Anschließend gaben die verschiedenen Delegierten ähnlichen Gefühlen oder zumindest Bekennnissen Ausdruck wie Macdonald. Alle unterstrichen ihre Entschlossenheit, die Konferenz zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Der amerikanische Delegierte Stimson erklärte sogar, er werde die Konferenz nicht verlassen, ohne daß ein Erfolg zustande gekommen sei. —

Beginn der Staatsberatungen in Preußen

Pferdezucht, Reiter- und Rennvereine

Keine Staatsmittel für reaktionäre Vereine

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien wieder zusammen.

Einem Antrag der Kommunisten, die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbots des Innenministers zu beschließen, kann nicht entsprochen werden.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein und beschließt ohne Aussprache eine ganze Reihe von Vorlagen und Anträgen nach den Vorschlägen des Landwirtschaftsausschusses.

Es folgt die Beratung eines Antrags des Geschäftsausschusses, die nachgesuchte Strafverfolgung des Abgeordneten Herrl (Reine, Natl.-Soz.) wegen Verleumdung der Reichsregierung durch die Presse abzulehnen.

Abg. Präger (Brandenburg, Soz.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß der Antrag des Ausschusses auf Ablehnung der Strafverfolgung mit Stimmengleichheit gefaßt ist.

Abg. Gube (Natl.-Soz.) beantragt dagegen die Rückverweisung der Angelegenheit an den Geschäftsausschuss.

Darauf wird in zweiter Lesung und als erster in der Reihe der Einzelrats für 1930 der Etat der Gutsverwaltung behandelt.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger: Der Pferdebestand in Preußen ist um mehr als 60 000 Stück zurückgegangen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Abg. Frau Wiegand (Soz.): Wir begrüßen das Bestreben der Gutsverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen.

Gesütswärtern, die bei der Befolgsordnung besonders schlecht weggekommen sind, nach 25jähriger Dienstzeit eine Aufzuchtsmöglichkeit zum Obergesütswärter gegeben werden kann.

Abg. Schuler-Stapan (Dntl. Vp.) fordert die Züchtung eines guten Wirtschaftspferdes.

Die Weiterberatung des Etats wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Wechselfälcher Litwinow vor Gericht

Die russische Regierung als Nebenklägerin

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Dienstag der Prozeß gegen den Bruder des russischen Volkskommissars Litwinow, der beschuldigt wird, sieben Wechsel im Gesamtbetrag von rund 200 000 Pfund Sterling mißbräuchlich auf den Namen der russischen Handelsdelegation in Berlin ausgestellt zu haben.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde. Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet und läßt sich durch den Moskauer Rechtsanwalt Zelschenoff vertreten.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde.

Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet.

Abg. Roveigh (Zentr.) bedauert die Abstriche am Etat, die nicht im Interesse der Pferdebezüchter liegen.

Abg. Zunkel (Komm.) fordert die Streichung der Zuschüsse für Rennsport- und für die Reitervereine.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger widerspricht den letzten Ausführungen des Vorredners.

Abg. Dr. Frimann (Dt. Vp.) wünscht stärkere Unterstützung der Rennvereine.

Abg. Wachhorst de Wente (Dem.) ist der Auffassung, daß beim Gestütsetat noch weiter eingespart werden könnte.

Die Weiterberatung des Etats wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

gewesen, derartiges ohne vorherige Mitteilung an die Leiter der Handelsvertretungen zu tun; nicht minder sei es üblich gewesen, Wechsel auf hohe Summen ausgestellt, auf niedrige zu diskontieren — man sei froh gewesen, wenigstens etwas Geld zur Verfügung zu haben.

Turoff, Mitglied der DZL, ist vor etwa 2 Jahren in Moskau auf der Straße überfallen und ermordet worden.

Die Berliner Handelsvertretung hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Wechselaffäre öffentlich erklärt, die Wechsel seien von Litwinow nach dessen Dienstentlassung — also unbefugterweise, ausgestellt worden; sie trügen auch nur eine Unterschrift und nicht, wie erforderlich, zwei.

Die Anklage bezweifelt die Richtigkeit der Litwinow'schen Behauptungen. Die weiteren Einzelheiten wird man aus der Gerichtsverhandlung erfahren.

Es wurde behauptet, daß zwischen Moskau und Paris wegen der Einlösung des ersten Wechsels ein lebhafter Briefwechsel stattgefunden habe. Die Sowjetregierung, hieß es, sei anfangs bereit gewesen, dem Inhaber der Wechsel eine hohe Abschlagssumme zu zahlen; sie habe sich aber schließlich für eine Strafangelegenheit entschieden.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

Seine Mitangeklagte, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe.

4. Volkstheater

Städtische Musikschule

Man hat immer wieder seine Freude an diesen Volkstheatern, die für geringes Entgelt dem aufmerksamen Publikum die besten Beispiele aus der Literatur in immer hochwertiger Ausprägung zugänglich machen.

Der erste Teil des Programms hielt sich vorwiegend an die jugendliche und jugendliche Musik, an das 17. und 18. Jahrhundert.

Der zweite Teil des Abends fand im Zeichen Shakespeares. Der Herrl Berlin, dem Leiter der Programmkommission und der ersten modernen Aufführung (Stanz), hörte man das Schicksal des „Amor und Iphigene“.

Der dritte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der vierte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der fünfte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der zweite Teil des Abends fand im Zeichen Shakespeares. Der Herrl Berlin, dem Leiter der Programmkommission und der ersten modernen Aufführung (Stanz), hörte man das Schicksal des „Amor und Iphigene“.

Der dritte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der vierte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der fünfte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der sechste Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der siebte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der achte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der neunte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

der Karambolage eines Ozeantiefen mit einem Eisberg. Kadend und imponant sind die von Geräuscheffekten unterstützten Aufnahmen des Zusammenstoßes und die Zumutungen auf Deck des sinkenden Schiffes, aber am einbringlichsten sind die „Interieurs“, wenn man so sagen darf, die Widerspiegelung der großen Katastrophe im Schicksal einer kleinen Gesellschaft von Passagieren.

Der zweite Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der dritte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der vierte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der fünfte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der sechste Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der siebte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Der achte Teil des Abends wurde dem nicht unterchiedlichen Charakter des Programms durchsichtig gemacht, führte das in guter Form vorstellbare Liederbuch über und über und begleitete auch den Sänger mit der Orgel.

Haag vor dem Reichskabinett

Berlin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der große Kabinettsrat über das Haager Ergebnis begann heute vormittag um 11 Uhr. Es ist vorgesehen, daß mit einer kurzen Mittagspause bis in die späten Abendstunden beraten werden soll.

Diese lange Dauer der Sitzung erklärt sich daraus, daß das Reichskabinett nicht nur den Bericht des Reichsaußenministers Dr. Curtius entgegennehmen, sondern gleich die Grundzüge der Gesetze beraten will, die zur Durchführung des Young-Plans in Kraft gesetzt werden müssen.

So schwierig auch die parlamentarische Erledigung der Young-Gesetze im einzelnen sein wird, bezweifelt man in politischen Kreisen doch nicht, daß der neue Plan, sowie er im Haag ausgearbeitet worden ist, bis Mitte Februar vom Reichstag ratifiziert sein wird.

Thüringen zieht die Reichsflagge ein!

Weimar, 22. Januar. Auf dem thüringischen Landtagsgebäude wehte bisher die Flagge der Republik, wenn der Landtag tagte. Der neue Landtagspräsident, der Landbündler von Himmel, hat am Dienstag während der Landtagsitzung Anweisung gegeben, die Flagge einzuziehen und gleichzeitig angeordnet, daß die Flagge in Zukunft nicht mehr gehißt wird.

Es wird vermutet, daß diese Anordnung auf Verlangen der Nationalsozialisten getroffen worden ist.

Hoggenbrotgesetz?

Am 22. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: In einem Teile der Presse wird die Nachricht verbreitet von der bevorstehenden Einbringung eines Roggenbrotgesetzes.

Ein Gesetzesentwurf in der angegebenen Richtung liegt vorläufig nicht vor. Tatsache ist jedoch, daß mit Rücksicht auf die katastrophale Lage am Roggenmarkt über die Frage der Roggenzuzug seit längerer Zeit Ermüdungen schweben, die sich vorwiegend in aller nächster Zeit zu bestimmten Vorschlägen beruhten werden.

Curtius bei Hindenburg

Hindenburg dankt der Saager Delegation

Amtlich wird mitgeteilt: Reichsaußenminister Curtius erstattete dem Reichspräsidenten am Dienstag nachmittag einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Konferenz in Haag.

Der Reichspräsident sprach dem Reichsaußenminister und der deutschen Delegation seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Arbeit und ihre Haltung aus.

Der Reichspressen ist diese amtliche Verlautbarung natürlich äußerst unangenehm. Sie glaubt deshalb, darauf hinweisen zu müssen, daß ihr nicht mehr als „formelle“ Bedeutung zukommt. In Wirklichkeit spricht aus dieser Deutung wieder einmal die ganze Verlogenheit der deutschnationalen Presse.

Kommt Braunshweig zu Preußen?

Nach Pressemeldungen hat die preussische Staatsregierung der braunschweigischen Regierung einen Vorschlag zum Anschluß Braunschweigs an Preußen gemacht, nach dem Braunschweig mit Teilen Hannovers zusammengefaßt werden würde. Die Technische Hochschule in Braunschweig würde erhalten bleiben. Der Vorschlag soll auch noch eine ganze Reihe anderer finanzieller Fragen umfassen.

Die Schulden des braunschweigischen Staates belaufen sich nach dem Stande vom 31. Dezember 1929 auf rund 46,7 Millionen Mark. Diesen steht ein Etat von 67 Millionen Mark Ausgaben und nur 61,4 Millionen Mark Einnahmen gegenüber. In dem Gesamtschuldbetrag sind 12 Millionen Mark kurzfristige Schulden und zwei Prozentige Staatsanleihen von 1928 und 1929 von je 10 Millionen Mark enthalten, desgleichen 2,6 Millionen Mark für die Erhöhung des Grundvermögens der Braunschweigischen Staatsbahn und ein Staatsdarlehen von 2,4 Millionen Mark für die Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft. Im Jahre 1929 wurden 6 Millionen Mark Schatzanweisungen ausgegeben.

Der Etat des Freistaats Anhalt

Am Dienstag nächster Woche tritt der Anhaltische Landtag zu seiner Frühjahrssitzung zusammen. Nach der Eröffnungssprache des Ministerpräsidenten Deist wird man in die Etatsberatung eintreten. Während in den letzten Jahren die Schlussumme des Etats fortwährend steigende Tendenz aufwies, soll in diesem Jahre eine Senkung von rund einer Viertelmillion gegen das Vorjahr zu verzeichnen sein. Der ordentliche Etat ist ausgeglichen, dagegen weist der außerordentliche Etat einen Fehlbetrag von etwa 1 1/2 Millionen auf, die vermutlich auf dem Anleiheweg beschafft werden.

Reise der Demokraten

Friedrich Bayer verläßt die Demokratische Partei

Der Eintritt der württembergischen Demokraten in die gemeinsame Regierungsfreie mit den ausgesprochenen Reaktionsären Bagille und Körner, hat die Demokratische Partei in eine schwere Krise geführt. Das erste Anzeichen ist die Tatsache, daß der Senator der Partei, der noch einer ihrer Mitbegründer und der langjährigste und einflussreichste Führer in der Reichs- und Landespolitik war, Friedrich Bayer, Vizepräsident des Deutschen Reiches unter der Regierung des Prinzen Max von Baden, seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. Ihm dürften zahlreiche andere Mitglieder der Partei folgen.

Friedrich Bayer ist heute trotz seines hohen Alters noch eine politische Potenz ersten Ranges. Er hat seinen Schritt der Partei gegenüber in der Weise begründet, daß er ihn nicht aus irgendwelchen taktischen Gründen, sondern aus Gründen der politischen Reinheit getan habe, die er für unabwendbar hielt. Er hat seinen Schritt reichlich erwogen und es hat ihn sehr erregt, daß er bei sorgfältiger Prüfung zu keinem anderen Ergebnis zu kommen vermochte. Er hält jedoch an seiner Entscheidung fest und hat insolge-

dessen auch die Versuche der Partei, ihn zur Zurücknahme seiner Austrittserklärung zu bewegen, abgelehnt.

Mit Friedrich Bayer gemeinsam sind auch seine Familienmitglieder, sein Sohn Fritz Bayer, früher Bürgerausschuß-Vorsitzender der Stadt Stuttgart, seine Tochter Frau Dr. Müller-Bayer, Mitglied der Landesversammlung Württembergs und Rechtsanwältin Dr. Müller-Bayer aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgetreten.

*

Die demokratische „Postische Zeitung“ bemerkt zu dem Beschluß der demokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages, zusammen mit dem Deutschen Nationalen Wazille in die württembergische Regierung einzutreten, daß dieser Beschluß auch außerhalb des Kreises um Bayer bejammerten Widerstand erregt und es darüber „innerhalb der Partei“ noch zu scharfen Auseinandersetzungen kommen wird. Der Reichsparlamentarierstand werde bereits in einer seiner nächsten Sitzungen zu dem Beschluß Stellung nehmen.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dem Austritt des Wazillenglieds a. D. Bayer aus der Demokratischen Partei: „Es ist die Tat eines aufrechten Mannes und Demokraten, der Konzeptionen vertritt, die gegen sein Gewissen wirken. Seit Jahren konzentriert sich der politische Kampf in Württemberg um die Person des früheren Staatspräsidenten und jetzigen Kultusministers Wazille, eines deutschnationalen Partikularen, dessen oft seltsame Eigenheiten immer wieder die berechtigten Entrüstung aller fortschrittlichen und freiheitlichen Elemente herausgefordert haben. Nachdem der Landesverband der demokratischen Landespartei mit einer sehr schwachen Mehrheit den Beitritt zum Kabinett Wazille beschloffen hat, zeigt der Abschied Bayers, welche Gefahr für die Einheit und Geschlossenheit der Partei der Reaktionsbeschluß bedeutet.“

Dr. Max Duard gestorben

Am Dienstag ist der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Max Ernst Duard an einem Herzleiden, an dem er schon längere Zeit schwer krank darniederlag, gestorben.

Er war am 9. April 1860 als Sohn eines Rudolphstädter Landgerichtsrats geboren, stand also vor dem Ende des 70. Lebensjahres. 1888-1886 war er Referendar und wurde dann wegen angeblicher Beteiligung an „Umsturzbestrebungen“ aus dem Staatsdienst entlassen. Sein Verbrechen bestand wohl darin, daß er sich offen zur Demokratie bekannte. Er wurde nun Journalist, ging zuerst nach Wien, wo er mit Viktor Adler, Fernerstorfer und Adolf Braun an der „Deutschen Zeitung“ tätig war und gehörte von 1887 bis 1891 dem Redaktionskörper der „Frankfurter Zeitung“ an. Dann trat er zur Sozialdemokratie über, war zunächst freier Schriftsteller und übernahm 1893 die redaktionelle Leitung der Frankfurter „Volkstimme“, die er bis 1917 behielt. 1901 kam er als einziger Vertreter der Sozialdemokratie in die Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung. 1912 zog Duard als Frankfurter Abgeordneter in den Reichstag ein, dem er über die Nationalversammlung hinaus bis 1921 angehörte. Sein Arbeitsfeld war die Sozialpolitik in allen ihren Sondergebieten. Eine Reihe von geschichtlichen Verhandlungen und Studien über die Geschichte und Anfänge des Sozialismus stammen aus seiner Feder.

Auch nach dem Ausscheiden aus seiner parlamentarischen Tätigkeit beteiligte sich Dr. Duard noch eifrig am politischen Leben.

Ein Lehrauftrag an der Frankfurter Universität gab ihm in den letzten Jahren Gelegenheit, sein sozialpolitisches Wissen einem größeren Schülerkreis mit auf den Weg zu geben. Als Redner sprach er mit großem Temperament, unerbittlich, draufgängerisch. Für die Sozialdemokratie ist der Tod Duards ein empfindlicher Verlust.

Fünf-Tage-Woche bei Ford in Köln

16-24 Mark Tageslohn

In einer Unterredung eines Vertreters der „Kölnischen Zeitung“ mit dem Generaldirektor Heine der deutschen Ford-Gesellschaft äußerte sich dieser über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der in Aussicht genommenen Kölner Ford-Niederlassung u. a.:

„Es ist ebenso gut möglich, daß wir mit nur 800 Mann Belegschaft beginnen, und wir nicht gleich zu Anfang 1500 einstellen werden. Auf jeden Fall werden wir jedem Arbeiter einen Mindestlohn von 16 Mark am Tage zahlen, steigend bis 24 Mark täglich. Es nimmt auch, daß wir in unserem Kölner Betrieb die 5-Tage-Arbeitswoche einführen werden (40 Arbeitsstunden in der Woche).“

Zuchthaus für Bombenleger

Hannover, 22. Januar. In dem Sprengstoffprozeß wurde Heinrich Buchholz zu vier Jahren Zuchthaus und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Sein Bruder Friedrich Buchholz erhielt 8 Monate Gefängnis, davon werden 5 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Die Anklagerede

In dem Sprengstoffattentäter-Prozeß in Hannover beantragte der Staatsanwalt am Dienstag gegen den Angeklagten Heinrich Buchholz 5 Jahre und gegen den Angeklagten Friedrich Buchholz 2 Jahre Zuchthaus unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Stellung unter Polizeiaufsicht.

In seiner Anklagerede betonte der Staatsanwalt, daß er es für unwahrscheinlich halte, daß Friedrich Buchholz, der sich selbst der Täterschaft bezichtigte, der wirkliche Täter sei. Selten habe ein Angeklagter so krampfhaft sein Geständnis abgegeben und aus einem Konzept auswendig gelernt. Ein Mensch, der eine Tat begangen habe, würde sich dieser Tat auch erinnern können ohne Konzept. Viel sicherer sei dagegen die Annahme, daß sein Bruder Heinrich der Täter sei, den zu denken sich Friedrich aufeinander aus irgendeiner Dankspflicht vorgenommen habe. Bei ihm sei also auf ein verführtes Attentat zu erkennen.

Der Verteidiger des Friedrich Buchholz führte aus, daß die Angeklagten nicht die geistigen Urheber der Attentate seien. Zwar leugne die kommunistische Partei, daß sie den Subjunktiv-Terror begünstige, seiner Ansicht nach müsse jedoch die geistige Urheberchaft bei einer Stelle liegen, die es für richtig hält, Terrorakte zu entfesseln. Dabei komme nach seiner Ansicht nur der Zeuge Schmidt in Frage, der sich vielleicht als Vorposten der KPD, gefühlt habe.

Auch der Verteidiger des Heinrich Buchholz verwarf den Verdacht der Urheberchaft von seinem Mandanten abzuwälzen und erklärte, daß dieser nur auf Grund eines Indizienbeweises verurteilt werden könne. Angesichts der außerordentlichen hohen Freiheitsstrafen, die auf dem Delikt des Sprengstoffverbrechens ruhen, müsse dieser Beweis 100prozentig geführt oder ebenfalls auf Freispruch erkannt werden.

Die Rubellfälscher vor Gericht

Kapitan Ehrhard wird als Zeuge geladen

Der Fälscherprozess stand am Dienstag im Zeichen vollkommener Passivität. Die Verhandlungen mußten wiederholt unterbrochen werden, weil das Gericht immer wieder beraten mußte, ob Anträge der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft angenommen werden sollten.

Es handelte sich insbesondere um die Vernehmung des Buchdruckerbetriebers Schneider aus München. Nach der Eintragungsordnung kann ein Zeuge eine Aussage, durch die er sich selber belastet, verweigern. Schneider ist aber gerade einer der Hauptangeklagten und zwar derjenige, der in Frankfurt a. M. die falschen Banknoten gedruckt hat. Da es eine Sinalojigkeit ist, den Mann in derselben Angelegenheit, in der er unter Anklage stand, als Zeugen zu befragen, schlugen Verteidiger und Staatsanwalt vor: das Verfahren gegen ihn und seinen Helfer Köpping, das zu Beginn des Prozesses von dem Hauptverfahren abgetrennt war — Schneider war damals unbeschäftigt — wieder mit diesem zu vereinigen. Dieser Antrag wurde nicht weniger als dreimal in derselben Sitzung gestellt und dreimal abgelehnt.

Die Sache wurde dadurch besonders peinlich, daß Wartenberger mit Wischen operierte: er wollte es darauf ankommen lassen. Fragte also: „Sind Sie verheiratet?“ Schneider: „Ja, wohl.“ Wartenberger (triumphierend zur Verteidigung): „Sehen Sie, er antwortet ganz schön!“ Aber über die Personalien kam er nicht hinaus. Bei der dritten Frage war er am Ende. Der Zeuge — der natürlich nicht verurteilt werden konnte — schwieg hartnäckig. Jetzt war die Reihe zu triumphieren an den übrigen Prozeßteilnehmern. Der Vorsitzende blieb unbeeindruckt. Er suchte sich dadurch zu retten, daß er den beiden Staatsanwälten die Fragestellung aufschob. Aber der Erfolg war wiederum negativ. Schneider, dessen Aussage von großer Wichtigkeit gewesen wäre — viel wichtiger als die von mindestens einem Dutzend anderer Zeugen — mußte entlassen und wiederum nach München zurückgeschickt werden.

Das einzige positive Ergebnis dieser unruhlichen Sitzung war der Beschluß, den Kapitän Ehrhardt auf Anfang der nächsten Woche als Zeugen zu laden.

Vor der Hochbahn-Flugzeug-Weite?

Berlin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „B. Z.“ am Mittag meldet, ziehen die bekannten Hochbahn-Flugzeugwerke vor dem Konkurs. Der Betrieb hat bereits seit 1 1/2 Wochen den Angestellten und Arbeitern keinen Lohn mehr gezahlt.

Zu einer Schließung des Betriebs und zur Entlassung der Arbeiter hat sich die Werkleitung aber noch nicht entschließen können, weil sie glaubt, ihren eingegangenen Verpflichtungen auf Lieferung von Flugzeugen erst nachkommen zu müssen.

Falschmünzer in Wernigerode gefaßt

W. Wernigerode, 22. Januar. Den Bemühungen der Kriminalpolizei in Wernigerode ist die restlose Aufdeckung des Falschmünzbetriebs in Wernigerode gelungen. Neben Radisch und Weidemann wurde der dritte Kumpan, der 24jährige Fritz Koch in Wernigerode ebenfalls verhaftet, der ein volles Geständnis abgelegt hat.

Er gab zu, in Gröningen falsche Zwei-Mark-Stücke ausgegeben und in Magdeburg die Materialkaufe abzuwickeln zu haben. Der Erlös des Falschgeldes sollte unter den drei Kumpanen zu gleichen Teilen geteilt werden.

Da auch in Niedersleben und Umgebung falsche 5-Mark- und 50-Pfennig-Stücke in Verkehr gebracht wurden, untersucht die Kriminalpolizei, ob auch diese Stücke aus der Wernigeröder Werkstatt stammen.

Gasvergiftung bei Erdbarbeiten

W. London, 22. Januar. In Peil erkrankten gestern bei Erdbarbeiten 15 an Gasvergiftung. Drei davon fielen dem Tod.

Notizen

Der Nachfolger Glöners. Der jüdische Ministerpräsident hat den Minister Eisen von dem Amte des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums entbunden und den Minister des Innern Richter beauftragt, bis auf weiteres die Geschäfte des Arbeits- und Wohlfahrtsministers zu übernehmen. Richter ist „Nachminister“, der der Deutschen Volkspartei nahesteht.

Fememörder Fahlbuch bei Hitler. Der kürzlich aus der Haft entlassene Fememörder Fahlbuch ist der Nationalsozialistischen Partei in Bremen beigetreten.

Fort von Eugenbergl! Die deutschnationalen Stadtverordneten Schmidt und Franke in Leipzig haben ihre Bindung an die deutschnationalen Gruppe der Stadtverordnetenfraktion gelöst und sich als Hospitanten bei der Deutschen Volkspartei angemeldet.

Berurteilte Kommunisten. Das Belgrader Sondergericht für staatliche Sicherheit beurteilte sämtliche Teilnehmer an der feierzeitigen kommunistischen Agitation in der Stadt Nißky zu 2 bis 19 Jahren Zwangsarbeit.

Volksentscheid über das Alkoholverbot in Amerika? Im Repräsentantenhaus in Washington wurde am Montag von einer demokratischen Abgeordneten ein Antrag eingebracht, der eine Verfassungsänderung in dem Sinne herbeiführen will, daß über die Frage einer Aufhebung der Prohibition ein Volksentscheid möglich wäre. Auch im Senat wurde eine entsprechende Stimme laut.

Gefängnisstrafe für Straßenraden. In Breslau wurden in einem Aufrührerprozeß zwei Arbeiter zu zehn und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein kommunistischer Stadtverordneter erhielt 50 Mark Geldstrafe. Die übrigen drei Angeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Ein Demonstrationsversuch im Gerichtssaal mißlang.

Schlägerei in Berlin. Die Berliner Nationalsozialisten hielten am Dienstagabend am Friedrichshain eine Versammlung ab, deren Teilnehmer beim Hinanzgehen nach Waffen durchsucht wurden, da die Polizei Zusammenkünfte befürchtete. Die ersten nationalsozialistischen Truppen waren auch kaum abmarschiert, als es zwischen ihnen und Kommunisten zu einer regelrechten Schlägerei kam. Die Polizei griff ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Mehrere Personen wurden verletzt.

Jahresproduktion fast zwei Millionen Ford-Autos. Die Gesamtproduktion des Ford-Konzerns wird für das Jahr 1929 mit 1 951 092 Automobilen und Lastwagen angegeben. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr macht 88 Prozent aus. Von der Totalproduktion wurden 1 709 945 Wagen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 87 796 in Kanada und 153 351 Wagen in den übrigen Ford-Fabriken im Ausland hergestellt.

Amerikanische Konjunkturrisikofür. Für das große Käsekraten über die nordamerikanische Konjunkturschwächung ist von ausschlaggebender Entscheidung, ob es gelungen ist, die Kaufkraft des Landes auf der alten Höhe zu halten. Die Ford Motor Co. beabsichtigt einen interessanten Beitrag zu der Frage. Sie erklärt, daß die Aufträge auf ihre neuen Wagen bereits am ersten Tage die Summe von 20 Millionen Dollar ausmachen. Daraus schließt die Ford Motor Co., daß die Kaufkraft Amerikas trotz der Börsenkatastrophe keine Veranlassung erfahren habe. Auch die Fordhändler berichten aus den verschiedensten Teilen des Landes, daß die allgemeine Lage besser sei als ursprünglich angenommen wurde.

Stadt Magdeburg

Wie kann im Winter gebaut werden?

Die Frage des Winterbaus ist in einer Ausführlichen Besprechung der Gesellschaft für Soziale Reform erörtert worden. Dr. Günther Kühn, der über Arbeitslosigkeit und Winterbau sprach, machte für den Ausgleich der Saisonveränderungen in der Bauwirtschaft folgende Vorschläge:

Vorlegung des Etatjahres, Abstimmung der Gewährung von Sozialversicherungsbeiträgen nach dem Zeitpunkt der Bauausführung, Einführung ermäßigter Winterlöhne für Bauarbeiter auf der Baustelle, Schaffung einer Winterbauversicherung zur Risikominderung im Falle besonders starken Frostes, Rußbarmachung der wertschöpfenden Arbeitslosen für den Winterbau und Anbahnung der Behördenaufträge an die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse.

Konrad Eutter (Dresden), der die praktischen Erfahrungen des Bauens im Winter erörterte, betonte, daß die mit der neuen Methode erzielten Vorteile die durch sie entstehenden Kosten überwiegen. Die neue von der Firma Wagg & Freitag L.-G. angewandte Methode sei eine hygienisch einwandfreie und nicht feuergefährliche Beheizung ganzer Bauteile vor. Die technischen Möglichkeiten für das Winterbauen seien gegeben. Es liege also nunmehr an den öffentlichen und privaten Auftraggebern, dafür zu sorgen, daß auch im Winter Bauen hergestellt werden.

Das Winterbauen ist heute kein technisches Problem mehr; es ist in erster Linie eine Kapitalfrage. Mit dem Aufzug jedes Jahr drei bis vier Monate das Baugeschäft schlafen zu lassen, muß aufgegeben werden. Die Bauarbeiter und die vom Baumarkt indirekt abhängigen Arbeitskräfte wollen das ganze Jahr über Arbeit haben. Die Saisonarbeitslosigkeit, die vor allem aus der Einstellung der Bauarbeit resultiert, kann durch das Winterbauen sehr wesentlich eingeschränkt werden. Damit entsteht auch für die Arbeitslosenversicherung eine neue Situation, weil während des Winterbaus der Versicherung viel von seiner Schürze verliert. Die mit dem Winterbauen verbundenen Vorteile sind mit Händen zu greifen.

Wie man auch zu den Vorschlägen Kühns im einzelnen stehen mag, ihre Grundbedeutung ist jedenfalls zu begreifen, und alle maßgebenden Stellen sollten deshalb in Verbindung mit den Gewerkschaften und den Bauunternehmern dafür sorgen, daß mindestens vom nächsten Jahr ab auch im Winter gebaut wird.

Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz

So früh das Steuerverbot der Großstadt löst, die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz.

Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz.

Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz.

Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz.

Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz. Die Schlachtenbearbeitung werden, da hängen sich Schlachtenbearbeitung in Magdeburg und im Harz.

Städte in Not

Die Verwaltung der Stadt Magdeburg wird nicht mit den Summen auskommen, die im Etat für 1929/30 festgesetzt sind, es wird ein Defizit zu verzeichnen sein. Mindereinnahmen und Mehrausgaben haben den Etat aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Ursachen liegen in der großen wirtschaftlichen Depression. Die Ursachen liegen in der großen wirtschaftlichen Depression. Die Ursachen liegen in der großen wirtschaftlichen Depression.

Der Haushaltplan für 1929/30 wird um etwa 2 Millionen in der Ausgabe überschritten werden. Die bürgerliche Presse wird wieder ihr altes Lied anstimmen von der Mißwirtschaft auf dem roten Rathaus. Um ihre Anwürfe wirkungsvoller zu machen, wird sie auch vor etwelchen Lügen nicht zurückschrecken, wie es kürzlich die „Magdeburger Zeitung“ mit großer Unberücksamtheit und geringem Erfolg versucht hat. Sie schrieb von Neuberechnungen und Gelderschleudern für Gartenverwaltung und Schlachthofverwaltung. Kein wahres Wort war daran. Als der Magistrat den Schwindel ins rechte Licht rückte, schrieb sie wieder und dummbreiß, es sei erstens, daß sie sich „geirrt“ habe.

Der „General-Anzeiger“ wird vielleicht seine beliebte Forderung aufstellen: Abbau im Wohlfahrtswesen. Er sucht auch mit schöner Konsequenz den Glauben zu erwecken, daß im Magdeburger Wohlfahrtswesen das Geld sinnlos verschleudert werde.

Eine wunderbare Übereinstimmung herrscht in der Magdeburger bürgerlichen Presse darüber, daß nur in Magdeburg Geldnot herrscht. Schuld sind selbstverständlich die Sozialdemokraten. Zuvor müssen auch sie die Berichte aus anderen Städten weitergeben, die von Finanznot und wirtschaftlichen Krisen handeln, aber diese Meldungen werden als belanglosigkeiten abgetan.

Die Not der Städte ist eine allgemeine Erscheinung. Große Not herrscht auch in Städten des Auslandes, nicht nur in deutschen. Daher müssen wohl die Ursachen etwas tiefer liegen, als die harmlosen Gemüder in den bürgerlichen Zeitungsreaktionen ahnen können. Wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, ist nicht ihre starke Seite, dazu haben sie noch keine Brille. Wie die großen Politiker am Stammtisch nach Nitternacht, so machen auch sie irgendwelche Parteien und Politiker für alles verantwortlich, was in der Welt an Unbegreiflichem vorkommt. Von dieser Art „schlichter Opposition“ war zum Beispiel eine Bemerkung des „General-Anzeigers“, daß die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder für die Tarifserhöhung bei der Straßenbahn wären, weil sie — selbst freitartigen bekämen. Der „General-Anzeiger“ glaubt immer noch nicht, daß das eine Lumperei war und nur von einem jämmerlichen Spießer kommen konnte.

Für die allgemeine Finanznot der Städte seien hier einige Beispiele gegeben:

Berlin. Die Aufwendungen, die den Stadtverordneten zur Verfügung unterbreitet werden, betragen 7 1/2 Millionen Mark. Der Magistrat rechnet mit einem Mindereingang an Steuern von mehr als 1 Milliarde Mark und einem Selbsttrag im Angebotsloshof von ebenfalls 1 Milliarde Mark, so daß der gesamte Selbsttrag für 1929 voraussichtlich 9 1/2 Millionen Mark ausfallen wird.

Breslau. Das Wohlfahrtsamt muß 51 017 Personen unterstützen. Hinzu kommen noch 10 400 Arbeitsunterstützungsempfänger, zu deren Unterstützung die Gemeinde ebenfalls ein Fünftel

So haben diese alten Schlachtenhelfer ahermals Rohmaterial zur Verfügung. Sie sind allerdings manchmal schwer als Schlachtenhelfer zu erkennen. Besonders dann, wenn äußere Umstände zur Föhrung einer Unannehmlichkeit und zur Entwicklung einer Reaktion geführt haben. Dann sind es nur gewisse äußere Merkmale, auf die sich der Menscheneinsticht, die zur Entdeckung einer solchen Schlachtenhelfer führen. Als ich während des Krieges meinen alten Lehrer Karl Meier in Nordhausen einen Besuch abgab (Meier ist als Soldat- und besonders Garzortlicher weit und breit bekannt), da erzählte er mir, daß er von bergbauartigen Unternehmungen befragt worden sei, ob ihm alle Schlachtenhelfer bekannt seien. Bei der Bekanntheit während des Krieges wurden viele alte Schlachtenhelfer ganz besonders ausgebeutet. So werden gerade in der Region um diesen alten Schlachtenhelfer, Meier, viel und vielerlei andere Erz gewonnen. In jüngster Zeit sind 3 1/2 aus Schlachten aus dem Erzfeld, die im 14. Jahrhundert aus dem Harzgebiet Erzgen hier verbüttet worden sind, von einem Zimt, Blei und Kupfer in beachtlicher Menge gewonnen worden.

Nach einem alten Sprichwort heißt es: Es gibt keinen Unfall ohne Material, das ist nur ein unrichtiger Ort. So ist es bei den Schlachtenhelfer. Es gibt keine Verwendung. Das liegt auch bei der neuen Verwendung der Garzer und Harzfelder Schlachten. Ob auch unsere Schlachten durch technische Fortschritte wieder einmal wirtschaftlichen Wert gewinnen können?

Dr. Henneberg.

Eine Statistik des Todes

Nach den Vorkommnissen des statistischen Amtes, die im statistischen Jahrbuch der Stadt Magdeburg für das Jahr 1928 niedergelegt sind, haben sich im Jahre 1928 in Magdeburg insgesamt 6665 Todesfälle ereignet gegenüber 3911 im Jahre 1927. Die häufigste Todesursache ist die Krebskrankheit gewesen, der 477 Personen im Jahre 1928 gegenüber 423 im Jahre 1927 erlagen. Ein zweiter Stelle folgte als Todesursache die Arterienverkalkung, die in 317 Fällen gegenüber 267 im Jahre 1927 die Todesursache gewesen ist.

Tuberkulose der Lunge und junger Altersgruppen nahmen im Jahre 1928 in 265 Fällen zum Tode gegenüber 251 Fällen im Jahre 1927. Die Darmkrankheiten anderer Organe war in 47 Fällen gegenüber 57 im Jahre 1927 die Todesursache. Der Rückgang der Tuberkuloseerkranklichkeit dürfte vor allem als Folge der hygienischen Verbesserung angesehen werden. Man kann den Rückgang der Tuberkuloseerkranklichkeit als Folge der hygienischen Verbesserung angesehen werden. Man kann den Rückgang der Tuberkuloseerkranklichkeit als Folge der hygienischen Verbesserung angesehen werden.

Die Tuberkulose der Lunge und junger Altersgruppen nahmen im Jahre 1928 in 265 Fällen zum Tode gegenüber 251 Fällen im Jahre 1927. Die Darmkrankheiten anderer Organe war in 47 Fällen gegenüber 57 im Jahre 1927 die Todesursache. Der Rückgang der Tuberkuloseerkranklichkeit dürfte vor allem als Folge der hygienischen Verbesserung angesehen werden.

beitragen muß. Werden noch die 34 465 Hauptunterstützungsempfänger und ihre Angehörigen hinzugerechnet, so ergibt sich, daß 170 074 Menschen in Breslau von Unterstützungen zu leben gezwungen sind, von denen allein über 100 000 von der Stadt bezahlt werden. Von dem 186-Millionen-Etat werden am Schlusse des Jahres allein 36 Millionen also ein Viertel des Etats nur für den Wohlfahrtsetat ausgeben sein.

Berlin. Die Ausgaben des Haushalts haben sich insgeheim auf rund 47 Millionen vermehrt. Hieron entfallen auf die Wohlfahrt rund 29 Millionen, auf das Gesundheitswesen 2,9 Millionen auf das Schulwesen 1,3 Millionen. Die Deckungsfrage wird schwer zu lösen sein. Im Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, der sich am Dienstag mit den Vorschlägen des Berliner Magistrats über die Erhöhung der Grundvermögens- und Gewerbesteuer befaßte, ergab sich aus den Erklärungen der einzelnen Fraktionen, daß für die Magistratsvorschläge eine Mehrheit nicht vorhanden sein wird. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß die Deckungsvorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses am Donnerstag abgelehnt werden wird. Für diesen Fall erwartet man in den Kreisen des Magistrats ein neues Eingreifen der Aufsichtsbehörde. Man hält es vor allem nicht für ausgeschlossen, daß an Stelle der Gewerbesteuer eine neue Erhöhung der städtischen Grundsteuer angeordnet wird.

Worms. Der Magistrat der Stadt Worms hat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze den Stadtverordneten eine Gesamtemission angeboten. Diese Demission wurde vom Oberbürgermeister damit begründet, daß die Bevölkerung und ein Teil der Parteien die schlechte Finanzlage der Stadt auf die Gehalte der leitenden kommunalen Beamten zurückzuführen. Die Ansicht werde auch von einer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung geteilt. Die Stadtverordneten haben zu dem überraschenden Rücktritt des Magistrats vorläufig noch keine Stellung genommen.

Ein grotesker Beweis: In Meissen, das wegen seiner katastrophalen Finanzlage gleichfalls unter Staatsaufsicht gestellt werden mußte, brachen Diebe in das Finanzamt ein. Sie öffneten mit Gewalt den Tresor, in dem sie 6 555 Mark vorfanden. Die Diebe ließen das Geld zurück und flüchten durch das Fenster aus dem Finanzamt wieder hinaus.

50 polnische Städte bankrott

Wie der „Kurjer Czerwony“ von gut unterrichteter Seite führt, sollen etwa 50 polnische Städte vor dem völligen finanziellen Zusammenbruch stehen. In mehreren Fällen sei das Eigentum des Magistrats bereits mit Pfand belegt worden. In einer Stadt Westpolens hätten die Beamten bereits seit einigen Monaten kein Gehalt erhalten. Die große Mehrzahl der bankrotten Städte liegt in Westpolen und in der Lubzer Wojewodschaft. In nächster Zukunft werde der polnische Städteverband zu einer Sitzung zusammen treten, um eine Hilfsaktion einzuleiten.

Die Lere im Stadtsädel ist keine lokale, sondern eine deutliche, und mehr noch, eine internationale Erscheinung. Sie begründet in den Kriegsjahren und in den tiefgehenden Erschütterungen der Weltwirtschaft. —

Verbindlicher Tarifvertrag für Musiker

Gemäß Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 16. Januar 1930 ist der Tarifvertrag vom 29. November 1929, abgeschlossen zwischen dem Landesverband Sachsen-Anhalt im Musikerverband, Ortsverwaltung Magdeburg, für alle in Sachsen-Anhalt in der Musikbranche tätigen Musiker, Kapellmeister, Kapellenleiter und Strohbläser in sämtlichen Gastwirtschaften im Bereich von Magdeburg, Burg, Schönebeck, Bad Salzelmen, Calbe, Stafffurt-Lepoldshall und Genthin. Durch die allgemeine Verbindlichkeit sind an Außenleiter dem Tarifvertrag, der das Monatsgehalt, zwei freie Tage im Monat, Urlaub, Bezahlung im Krankheitsfall und Kündigung nur vom 15. zum letzten Tag eines Monats vorseht, unterworfen.

Vom Wochenmarkt

„Frische Eier gefällig, meine Damen, Stück nur noch 14 Pf. Also lassen sich auch die Käufer von dem milden Wetter in die Hände führen und legen tapfer drauflos, glauben, daß es schon die Frühjahrsperiode ist, die da scheint. Apfelsinen in riesiger Auswahl, Dutzend von 50 Pf. an. Beipiel von 5 Pf. an das Pfund, Komat 50-70 Pf., Bananen 25-50 Pf., Weizenbrot 55-75 Pf., Mehl in gutem Angebot 30-70 Pf. der Kopf, Spinat 25 Pf., Grünkohl 10-20 Pf. das Pfund, Weißkohl, Zwiebeln und Knoblauch 5 Pf. das Pf., Rot- und Wirsingkohl, Rote und Kohlrabi 10 Pf., Karotten 10 Pf., Sellerieknollen 10-20 Pf., Butter 1. bis 1.90 Mark das Pfund.

Auf dem Fleischmarkt war heute das Schweinefleisch 10 Pf. pro Pfund herabgesetzt. Flomen 1.20 Mark, Bauch 1.30-1.40 Mark, Schinken, Karbonade, Rind- und Kalbfleisch kosteten den meisten Ständen 1.00-1.40 Mark das Pfund, Hammel- und Lammfleisch 0.90-1.20 Mark bzw. 60-90 Pf. An den Geflügelständen Gänse und Truthühner 1.20-1.35 Mark, Gänse im Stück, Hühnerbraten 1.50-1.60 Mark, Hühner und Enten 1.20-1.30 Mark, Schwanzhühner 1.20 Mark das Pfund. An den Fischständen Kabeljau, Schellfisch, Rotbarsch 35-45 Pf., Filet 65 Pf., grüne Herings 25-30 Pf., lebende Flussschnecken 40-50 Pf., auf 25-50 Pf. das Pfund. —

Richtsreform von unten auf

Vor den Beamten des Samstagsamts- und des Bezirksamts hielt Landesrat Dr. Berger (Magdeburg) am Montagabend in der Auguststraße einen vor aller Augenweckenden Vortrag über die Reichsreform und die damit in großen Zügen anstehende Frage der Reichsreform. Mit besonderer Kraft sprach er in diesem über die Reichsreform. Das Deutsche Europa war und ist, sein Schlachtfeld und der Kampf

